sono de stadie at a Gesetz = Sammlung 1 20 1 teliente

für die

Königlichen Preußischen Staaten.

Auhalt: Befet, betreffend bie Berliner Stabtfynobe und bie Parodialverbanbe in großeren Orten. G. 175. - Berordnung über bas Infrafttreten bes Befetes, betreffend bie Berliner Stabtionobe und bie Barochialverbanbe in groferen Orten, G. 182.

(Nr. 9741.) Gefet, betreffend bie Berliner Stadtspnode und bie Parochialverbanbe in größeren Orten. Bom 18. Mai 1895.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c.

verordnen, mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtages der Monarchie, für den Geltungsbereich des Gesetzes vom 25. Mai 1874, betreffend die evangelische Rirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873 (Gefet-Samml. S. 147), was folat:

Im Rebrigen bewendet es, ist bedondere wegen ber Genebungung der

Der nach dem anliegenden Kirchengesethe, betreffend die Berliner Stadtsonode und die Varochialverbande in größeren Orten, vom 17. Mai 1895 gebildete Stadtspnodalverband der Haupt- und Residenzstadt Berlin, sowie die nach Artikel II deffelben Kirchengesetes zu bildenden Gesammtverbande in anderen Ortschaften tonnen Rechte, namentlich auch an Grundstücken, erwerben und Verbindlichkeiten eingeben, insbesondere auch Anleihen aufnehmen, flagen und verklagt werden.

Die Anleihen dürfen nur zur Erwerbung von Grundstücken, sowie zur Errichtung neuer firchlicher Gebäude und Einrichtung von Begräbnifpläten verwendet werden. I wie was sommand with the di

S. 2. Die Berliner Stadtsynode, sowie die Verbandsvertretungen der anderen Gesammtverbande und deren Organe üben die im Artifel I &6. 5, 6 und 10 bes Rirchengesetzes gedachten Rechte in Betreff der Vermögensverwaltung ihrer Verbände und der Bertretung derselben in vermögensrechtlicher Beziehung.

Die zur Ausübung dieser Rechte erforderlichen Beschlüsse werden Dritten

gegenüber nach Artifel I S. 10 Abfat 1 bes Rirchengesetzes festgestellt.

Gefet . Samml. 1895. (Nr. 9741.)

S. 3.

Artifel I SS. 1, 2 Absat 1, 2 und 4, SS. 5, 6 und 10 Absat 1, sowie Artifel II des Kirchengesetes konnen ohne Bestätigung durch ein Staatsgeset nicht abgeändert werden.

Die Anordnung, durch welche die im Artifel I bes Kirchengesetes bem Berliner Stadtspnodalverband übertragenen Rechte und Pflichten gang oder theilweise dem nach Artifel II deffelben gebildeten Gefammtverbande einer anderen Ortschaft übertragen werben, bedarf ber Genehmigung der Staatsbehörbe.

Die nach Artikel I S. 11 und Artikel II Absat 3 bes Kirchengesetes zu erlaffenden Regulative bedürfen der vorgängigen Anerkennung feitens der Staatsbehörde, daß die entworfenen Bestimmungen diesem Gesetze nicht zuwider find.

Sa: 50, untro merbfiede in größeren Orten, 26 : 3.

Auf die Beschlüffe über Umlagen (Artitel I S. 6 Absat 2 bis 4 des Kirchengesetzes) findet Artikel 3 Absat 3 und 4 des Gesetzes vom 25. Mai 1874 An-(Nr. 9741.) Geset, betreffend bie Berliner Stabtsmobe und bie Parchiel

wendung.

Soll die Umlage, soweit fie anderen Zweden, als zum Erfat für aufgehobene Stolgebühren ober zur Berichtigung des Antheils aller Gemeinden des Berbandes an den Kreiß-, Provinzial- und General-Synodaltosten sowie an den für provinzielle und landeskirchliche Zwecke ausgeschriebenen Umlagen dient, zehn Prozent der Summe der von den pflichtigen Gemeindegliedern jährlich an den Staat zu entrichtenden Ginkommenfteuer übersteigen, fo bedarf es der Genehmigung der Staatsbehörde, für Umlagebeschluffe der Berliner Stadtsunode berjenigen des Staatsministeriums.

Im Uebrigen bewendet es, insbesondere wegen der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde zu den Beschluffen der Berliner Stadtsynode und der anderen Verbandsvertretungen, bei den Vorschriften der Artifel 24 und 27

Albsat 1 des Gesetzes vom 3. Juni 1876 (Gesetz-Sammi. S. 125).

Die im Artikel 24 a. a. D. vorgeschriebene staatliche Genehmigung ist nicht erforderlich, wenn der Erwerb von Grundeigenthum im Falle einer Zwangsversteigerung zur Sicherung in das Grundbuch eingetragener Forderungen erfolgt. ie Anleihen bürfen nur zur Erwerbung von Grundstäden, jowie zur

Errichtung neuer firchlicher Gebaube intollichen von Begrähnisplagen ver-Weigern sich die Berliner Stadtsynode oder die Verbandsvertretungen anderer Gesammtverbande, gesetzliche Leistungen, welche aus der Berbandstaffe zu bestreiten sind, auf den Etat zu bringen, festzuseten oder zu genehmigen, so findet Artifel 27 des Gesetzes vom 3. Juni 1876 sinngemäße Anwendung.

Richengeletes gedachten Rechte-in Beiret Bermögensverwaltung ihrer Berbände

Soweit dieses Geset diejenigen Staatsbehörden, welche die in ben § 4, 5 und 6 erwähnten Rechte auszuüben haben, nicht felbst bezeichnet, werden sie burch Königliche Verordnung bestimmt.

Dem Ctabtfinobalverbante forger burd Anordnung bes Konfisteriums

Die Festsetzung bes Zeitpunktes, mit welchem bieses Geset in Geltung tritt, bleibt Königlicher Verordnung vorbehalten.

Mit Diesem Zeitpunkte treten alle Diesem Gesetz und dem anliegenden Rirchengeset entgegenstehenden Bestimmungen außer Kraft.

Urfundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigebrucktem Röniglichen Inflegel.

Gegeben Profelwig, ben 18. Mai 1895. Manfad adamatica S. a. ? 1) bem Generalsuperintendenten für bie Cladt Berlin, in Bakang- und

.mledlid urgeitliche C. . Deursgimente ernannten Berreter;

Kurft zu Sobenlohe. v. Boetticher. Frhr. v. Berlepfch. Miquel. Thielen. Boffe. Bronfart v. Schellendorff. v. Röller. Frhr. v. Marfchall. Frhr. v. Sammerstein. Schönstedt. Domperbiger ober in teiner Rertretung ber nächstältefte Domprebiger ein;

. spaliniken Mitgliedern in doppelter Sabl ber jum Chabthonobalverbande

Kird, engesetz,

wählen, daß jede Gemeinde einen ichnefferted gelligen ober früheren innerhalb bes

die Berliner Stadtsvnode und die Parochialverbande in größeren Orten. Vom 17. Mai 1895. find, nach den von dem Stadignobalvorftende im Coverffandniffe mit bem

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c.

verordnen, unter Zustimmung der Generalsynode, für den Geltungsbereich ber Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873, was folgt: fallen der Borffand der Ctabifonobe. Wird dies verreint, jo fieht innerhalb

einer griff von 14 Lagen ber b. Urtifel I.d auf none It por ffirig ronie Renfifterium m. welches enbaultig en

Babl der Mitglieder erfotte Luf drei Johne und wird duech die Sammtliche Kirchengemeinden, welche einer der Berliner Rreissunoben angehören und ihren Gig in der Stadt Berlin haben, werden, unbeschadet bes Berhältniffes zu ihren Kreissynoden, zu einem Gefammtverbande vereinigt, beffen Bertretung durch die Stadtsynode erfolgt. gehanden and

(Nr. 9741.)

Dem Stadtspnobalverbande können durch Anordnung des Konsistoriums auch solche Kirchengemeinden angeschlossen werden, welche ihren Sitz nicht in der Stadt Berlin haben, aber an eine zum Synodalverbande gehörige Kirchengemeinde angrenzen. Es bedarf hierzu der Einwilligung der Stadtsynode, sowie der Zustimmung der Organe der anzuschließenden Gemeinde, welche letztere jedoch im Falle des Widerspruchs durch die Provinzialsynode ergänzt werden kann.

S. 2.

Die Stadtswode besteht aus:

1) dem Generalsuperintendenten für die Stadt Berlin, in Vakang- und Behinderungsfällen dem vom Kirchenregimente ernannten Vertreter;

2) je einem Pfarrgeistlichen der zum Stadtspnodalverdande gehörigen Kirchengemeinden, und zwar demjenigen, welcher den Vorsitz im Gemeindesirchenrathe zu führen hat, oder in seiner Vertretung demjenigen Geistlichen oder Aeltesten, welcher zu seiner Stellvertretung im Vorsitz berufen ist. Für die Domgemeinde tritt der Ober-Hof- und Domprediger oder in seiner Vertretung der nächstälteste Domprediger ein;

3) den Superintendenten der zum Stadtsynodalverbande gehörigen Diözesen, sofern sie nicht schon auf Grund der Nr. 2 berufen sind;

4) gewählten Mitgliedern in doppelter Sahl der zum Stadtsynodalverbande gehörigen Kirchengemeinden. Für jedes Mitglied ist ein Stellvertreter zu wählen, welcher im Fall der Behinderung eintritt.

Die Hälfte der unter Nr. 4 bezeichneten Mitglieder ist in der Weise zu wählen, daß jede Gemeinde einen ihrer derzeitigen oder früheren innerhalb des Stadtspnodalverbandes wohnenden Aeltesten entsendet. Die andere Hälfte ist aus den angesehenen, kirchlich erfahrenen und verdienten Männern des Stadtspnodalverbandes in der Weise zu wählen, daß jede Gemeinde, welche mindestens 10 000 Seelen zählt, ein solches Mitglied entsendet. Die übrigen Mitglieder sind, nach den von dem Stadtspnodalvorstande im Einverständnisse mit dem Konsistorium für jede Wahlperiode zu treffenden Bestimmungen, von den nach Seelenzahl sowie sonsisten Verhältnissen bedeutendsten Gemeinden zu wählen. Falls das Konsistorium sein Einverständniß versagt, entscheidet der Evangelische Oberkirchenrath.

Ob eine Gemeinde mindestens 10 000 Seelen zählt, entscheidet in Zweiselsfällen der Vorstand der Stadtspnode. Wird dies verneint, so steht innerhalb einer Frist von 14 Tagen der betheiligten Gemeinde die Beschwerde an das

Konsistorium zu, welches endgültig entscheidet.

Die Wahl der Mitglieder erfolgt auf drei Jahre und wird durch die vereinigten Gemeindeorgane vollzogen; wo verfassungsmäßig eine Gemeindevertretung nicht vorhanden ist, erfolgt die Wahl durch den Gemeindekirchenrath, in der Domgemeinde durch das Domkirchenkollegium. Die Gewählten müssen das dreißigste Lebensjahr zurückgelegt haben.

6. 3.

Der Vorstand ber Stadtspnode hat über die Legitimation ihrer Mitglieber zu entscheiden. Gegen die Entscheidung kann auf die Beschlußfassung ber Stadtfunode angetragen werden. vom Partikenden aben beifen Stellvertreter in dem Borgiand einkernfen. Entweeer der Bartikende oder beifen Stellvertre-k. Zunß ein Geifflicher fein, besaleichen ze

Diejenigen weltlichen Mitglieder ber Stadtspnobe, welche noch fein Gelübbe als Alelteste abgelegt haben, werden von dem Borfitenden der Stadtfonode mit bemjenigen Gelübde verpflichtet, welches die Mitglieder der Provinzialsunode nach S. 63 der Kirchengemeinde= und Synodalordnung vom 10. September 1873 ju leisten haben. 2 394 puntielt dur guntierediote sie de eines admittente mo ter Statispunde, towie die Austüberiga, ihrer Velchüsse, inserent nicht legiere nicht Maskaste desse Weisen und ner. E. R. b. b. au erkalimiden Regullative dem

Auf die Stadtspnode gehen die Befugnisse und Berbindlichkeiten ber bis-

berigen vereinigten Kreisspnoben über.

Der Stadtsynode liegt, unbeschadet der Rechte und Wflichten der Auffichtsbehörden und der einzelnen Kirchengemeinden, die Förderung einer ausreichenden Ausstattung der Stadt Berlin mit außeren firchlichen Ginrichtungen, insbesondere

Pfarrstellen, firchlichen Gebäuden, Begräbnifplägen, ob.

Auch bat sie Die Berpflichtung, den einzelnen Kirchengemeinden diejenigen Mittel zu gewähren, welche fie zur Erfüllung der ihnen obliegenden gesetzlichen Leistungen bedürfen und in Ermangelung zulänglichen Kirchenvermögens und dritter Berpflichteter (Patrone, Stadtgemeinde Berlin 2c.) sich nicht ohne Umlagen beschaffen können. 1949 zur ichaffe rordt splannstelle vol dage underen is Mitglieder vem Bortigenden in den Ausklauf einberufen. Ein meilifches Mitglied des Schr. Tormung ninnnt an den Einmasn des

Der Stadtsynodalverband fann Rechte, namentlich auch an Grundstücken, erwerben und Verbindlichkeiten eingehen, insbesondere auch Anleihen aufnehmen, flagen und verklagt werden.

Die Mittel, welche die Stadtsynode zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedarf, werden, soweit nicht andere Einnahmen zu Gebote stehen, durch Umlage beschafft.

Die Umlagen werden unmittelbar auf die Gemeindeglieder fämmtlicher Kirchengemeinden des Stadtsynodalverbandes vertheilt. Sie muffen gleichzeitig in allen Gemeinden nach gleichem Maßstabe erhoben werden.

Für den Repartitionsfuß gilt die Vorschrift des S. 31 Nr. 6 der Kirchen-

gemeinde= und Synodalordnung vom 10. September 1873. Austhuffes unterfibrichen und mit dem Siegel des Linekhuffes verfeben fem

Dietember wird Pritten gegemüber 2.7. Jonnungemüßige Raffung der Befohliffe Die Stadtsunode wählt für die Dauer jeder Synodalperiode einen Borstand und einen geschäftsführenden Ausschuß, letteren mit Ausschluß seines Vorsitzenden (S. 9). Beide bleiben bis zur Bildung eines neuen Vorstandes und Ausschusses in Thätiakeit.

(Nr. 9741.)

6. 8.

Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, bem Stellvertreter besselben und brei Beifitern. Für die Beifiter werden Stellvertreter gewählt. Sie werben nach der Reihenfolge ihrer Wahl zur Bertretung behinderter Beifitzer vom Vorsitzenden oder beffen Stellvertreter in den Vorstand einberufen. Entweder ber Vorsitzende ober beffen Stellvertreter muß ein Geiftlicher sein, besgleichen je einer von den Beisigern und beren Stellvertretern.

Bur Beschlußfähigkeit des Vorstandes ist die Unwesenheit des Vorsigenden ober seines Stellvertreters, sowie zweier Mitglieder ober ber für fie einberufenen

Stellvertreter erforderlich, mod amindroladomie das adminisprodukt vog ko

Dem Vorstande liegt ob die Vorbereitung und Leitung der Verhandlungen der Stadtspnode, sowie die Ausführung ihrer Beschlüffe, insoweit nicht lettere nach Maggabe diefes Gesetzes und des nach S. 11 zu erlaffenden Regulativs bem geschäftsführenden Ausschuß zukommt.

Der Cladifunde liegt, underhieb. ger Nechte und Philichen ver Nutfichlie

- Der geschäftsführende Ausschuß besteht

 1) aus dem Generalsuperintendenten für die Stadt Berlin, in Bakanzund Behinderungsfällen dem nach S. 2 Rr. 1 ernannten Bertreter, als Borsigenden, und 196 productie ung sit schloor nordnorspe us lettisse
- 2) aus fechs Mitgliedern.

appalanll ande Für lettere werden Stellvertreter gewählt. 2) ratuckillerafe rature

Sie werden nach der Reihenfolge ihrer Wahl zur Bertretung behinderter Mitglieder vom Vorsitenden in den Ausschuß einberufen.

Ein juriftisches Mitglied bes Konfistoriums nimmt an den Sitzungen bes

Alusschuffes mit berathender Stimme Theil. erwerben und Berbindladkeiten eingeben, insbefondere auch Anleiben aufnichmen

§. 10.

Der geschäftsführende Ausschuß vertritt ben Stadtspnodalverband in vermögenbrechtlicher Beziehung, in ftreitigen wie in nicht ftreitigen Rechtsfachen nach außen und verwaltet beffen Bermogen nach Maßgabe der Beschluffe der Stadtsynobe. Urfunden über Rechtsgeschäfte, welche ben Stadtsynobalverband gegen Dritte verpflichten sollen, ingleichen Bollmachten, mussen unter Anführung des betreffenden Beschlusses der Stadtsmode beziehungsweise des geschäftsführenden Ausschuffes von dem Vorsitzenden und zwei Mitgliedern des geschäftsführenden Ausschuffes unterschrieben und mit dem Siegel des Ausschuffes versehen sein. Hierdurch wird Dritten gegenüber die ordnungsmäßige Fassung ber Beschlüsse der Stadtsynode sowie ihres geschäftsführenden Ausschusses festgestellt, so daß es eines Nachweises der einzelnen Erfordernisse derselben nicht bedarf.

Bur Beschluffähigfeit des Ausschusses ist die Anwesenheit des Borfigenden

und die von drei Mitgliedern oder Stellvertretern erforderlich.

lange Geltung, bis nach Artifel I & 11 ein anberweites Regulativ zu Stanbe S. 11.

Die näheren Bestimmungen über die Geschäftsführung der Stadtsynobe und ihrer Organe werben burch ein in ihrem Einverständnisse von dem Ronsistorium zu erlassendes Regulativ festgesetzt.

Attifel II. Wilhelm.

Much in anderen Ortschaften, welche mehrere, unter einem gemeinsamen Pfarrant nicht verbundene Parochien umfassen, können die im Artikel I dieses Gesetzes bem Berliner Stadtspnodalverband übertragenen Rechte und Pflichten gang oder theilweise einem aus einigen oder sämmtlichen Kirchengemeinden der betreffenden Ortschaft, geeigneten Falles unter Einbeziehung angrenzender Kirchen-

gemeinden gebildeten Gesammtverband übertragen werden.

Erfolgt die Bildung eines folchen Verbandes, so werden die der Berliner Stadtspnode übertragenen Befugniffe und Berpflichtungen von einer befonderen, aus den Vorsigenden der Gemeindefirchenrathe fammtlicher Verbandsgemeinden und der mindestens doppelten Anzahl gewählter Mitglieder zu bildenden Berbandsvertretung ausgeübt, welche lettere von den vereinigten Gemeindeorganen der einzelnen Gemeinden aus den jeweiligen Aeltesten und Bertretern der betreffenden Gemeinde auf die Dauer ihres Hauptamts zu wählen find.

Die näheren Bestimmungen über die Ginrichtung und Geschäftsführung ber Verbandsvertretung werden im einzelnen Falle durch ein vom Konfiftorium unter Theilnahme des Provinzial-Synodalvorstandes zu erlassendes Regulativ

festgesett.

Die Anordnung erfolgt durch das Konfistorium unter Theilnahme des Provinzial Synodalvorstandes und erfordert die Zustimmung aller betheiligten Bemeinden oder, falls die Seelengahl der ihr zustimmenden Gemeinden wenigstens die Balfte der Gesammtfeelenzahl des zu bildenden Parochialverbandes beträgt, die Genehmigung der Provinzialsynode. 300 21 and Abaldante medante

Artifel III.

Die Festsetzung des Zeitpunktes, mit welchem dieses Gesetz in Geltung tritt, bleibt Königlicher Berordnung vorbehalten.

Mit diesem Zeitpunkte kommen die vereinigten Kreissynoden von Berlin

in Weafall.

Die Organe der bisherigen vereinigten Kreissynoden von Berlin bleiben jedoch noch so lange als Organe der Stadtsynode in Wirksamkeit, bis diese neu gebildet ift.

Auch behält für die Stadtspnode das Regulativ der vereinigten Kreissynoden, insoweit es mit den Bestimmungen dieses Gesetzes vereinbar ift, so (Nr. 9741-9742.)

lange Geltung, bis nach Artifel I S. 11 ein anderweites Regulativ zu Stande gekommen ift.

Urfundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Prökelwitz, ben 17. Mai 1895.

(L. S.)

Wilhelm.

somntamming monte generalen geblen gerfinderung bes Prafibenten erfoid-I bildielle inn aid namiot nauffriege meide des Evangelischen Ober-Kirchenraths:

midpille ann stariff manganische anadische anadische von der Golg. Bristall gang ober theilweite einem aus einigen ober fannutheben Kirchengemeinden der

(Nr. 9742.) Berordnung über bas Intrafttreten bes Besebes, betreffend die Berliner Stabtfynobe und bie Parodialverbande in größeren Orten. Bom 18. Mai 1895.

betreffenden Ortschaft, gengneben zulles jauer Embegebing angreuzender Rirchen-

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c.

verordnen auf Grund des S. 7 bes Gesetzes, betreffend bie Berliner Stadtsynode und die Parochialverbande in größeren Orten, vom 18. Mai 1895, auf ben Antrag Unferes Staatsministeriums, was folgt:

amironinale mas ma stand Einziger Artikelisteren genetertradingericht red

Das Gefet, betreffend die Berliner Stadtsynode und die Parochialverbande in größeren Orten, vom 18. Mai 1895 tritt mit bem Tage seiner Verkündigung in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel, berolls underdlid og kod Idnenolooftmungtend von online, old

Gegeben Profelwis, den 18. Mai 1895.

usdiald mitrall non madamakianth matain

(L. S.) Wilhelm.

Fürft zu Sobenlohe. v. Boetticher. Frhr. v. Berlepfch. Miquel. Thielen. Boffe. Bronfart v. Schellendorff. v. Köller. Frhr. v. Marschall. Frhr. v. Sammerftein. Schönftebt.

Rebigirt im Bureau bes Staatsministeriums. of Mit anderingen bandiget Berlin, gebrudt in ber Reichsbruderei. Im ber fingefelte gentonen